

Putsch in Niger:

Ein Umdenken bei der Stabilisierung im Sahel ist notwendig

Am 26. Juli 2023 stürzte das Militär in Niger Präsident Mohamed Bazoum. General Abdourahmane Tiani rief sich zum Staatsoberhaupt aus und verkündete im August die Einsetzung einer dreijährigen Übergangsregierung und die Erarbeitung einer neuen Verfassung. Nach den Militärputschen in Mali, Burkina Faso, Tschad, Guinea und Sudan war dies der sechste Putsch in der Region südlich der Sahara seit 2020. Die EU verliert damit ihren letzten zentralen Partner im Kampf gegen islamistischen Terror und irreguläre Migration im Sahel. Die Regionalorganisation ECOWAS hat Sanktionen gegen Niger verhängt und sogar mit einer militärischen Intervention gedroht. Die EU hat sich den Sanktionen angeschlossen und setzt ansonsten auf eine afrikanische Lösung.

| Hintergrund: Die Sicherheitslage im Sahel

Die Sicherheitslage im Sahel bleibt prekär. Seit dem Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen 2011 erschüttert eine Serie sich wechselseitig verschärfender Krisen die Region, deren Bewohner ohnedies unter Armut, ethnischen Spannungen, Ressourcenkonflikten und den Folgen von Klimawandel und Bevölkerungswachstum leiden. Auch erhebliche regionale und internationale Unterstützungsmaßnahmen konnten diese Entwicklung nicht aufhalten, geschweige denn umkehren. Neben der UN-Mission MINUSMA und direkter militärischer Unterstützung durch Frankreichs Antiterror-Operation Barkhane, und verschiedenen Ausbildungsmissionen der EU wurden durch die [Allianz für den Sahel](#) im Jahr 2021 auch rund 1.200 zivile Projekte im Umfang von 26,5 Milliarden Euro in den Sahelstaaten gefördert. Trotz allem hat sich Lage weiter verschlechtert und islamistische Terrorgruppen operieren in weiten Teilen von Mali, Burkina Faso und Niger und insbesondere in der Grenzregion der drei Staaten. Seit kurzem gibt es auch vermehrt Kämpfe zwischen der malischen Regierung und den nach Unabhängigkeit strebenden Tuareg im Norden des Landes. Das Abkommen von Algier, das diesen Konflikt befrieden sollte, scheint seit dem begonnenen Abzug von MINUSMA kurz vor dem Scheitern zu stehen. Aber auch im Norden der Küstenstaaten am Golf von Guinea nimmt die terroristische Bedrohung zu. Auf die Sahelregion entfällt inzwischen fast die Hälfte aller Terror-Toten weltweit bei einem [Anstieg der Anschläge um 2.000 Prozent](#) in den letzten 15 Jahren.

Auch die politische Situation ist angespannt. Nach Putschen gelangten in Mali, Burkina Faso und Guinea Militärregime an die Macht, sie alle unterliegen Sanktionen von ECOWAS und der Afrikanischen Union. Auch im Tschad regiert das Militär nach einem nicht verfassungsgemäßen Machtwechsel, der aber stillschweigend toleriert wurde. Insbesondere die Junta in Mali betreibt eine populistisch anti-westliche Politik, verwies die französische Militärpräsenz des Landes und kooperiert mit russischen Söldnern der bisherigen Gruppe Wagner. Im Juni 2023 verlangte die Militärregierung in Bamako dann den unverzüglichen Abzug der UN-Mission MINUSMA. Er soll laut [Sicherheitsratsbeschluss](#) bis Ende 2023 umgesetzt werden. Die EU-Militärmission EUTM Mali hat ihre Trainingsmaßnahmen weitgehend suspendiert, während im März 2023 in Niger eine neue „Militärische Partnerschaftsmission“ ([EUMPM](#)) gestartet wurde.

Niger hatte in der jüngsten Vergangenheit, trotz seiner ebenfalls schwierigen Sicherheitslage, als der regionale Stabilitätsanker gegolten. Schon seit der Flüchtlingskrise 2015/16 hatten die EU und auch die Bundesregierung die verstärkte Zusammenarbeit mit Niger gesucht. Das harte Vorgehen gegen die lokale Transportwirtschaft, die in einer jahrhundertealten Tradition Menschen und Waren durch die Sahara transportiert, hat aber erhebliche ökonomische Verwerfungen und innenpolitische Spannungen in Niger ausgelöst.

| Niger: vom „Stabilitätsanker“ zum Krisenherd

Im April 2021 gelang mit der Wahl von Mohamed Bazoum zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ein verfassungsmäßiger Wechsel des Staatsoberhauptes. Allerdings gab es dabei einen (gescheiterten) Versuch des Militärs, die Amtseinführung von Bazoum zu verhindern. Zuvor hatte das Land seit der Unabhängigkeit vier erfolgreiche Militärputsche erlebt, sechs von zehn Präsidenten waren Militärs.

Die neue Regierung hatte durchaus einige Erfolge vorzuweisen. Als einziges Land der Nachbarschaft verzeichnete Niger 2022 einen Rückgang terroristischer Aktivitäten – um 67 Prozent, auf den niedrigsten Stand seit 2019. Im Januar 2023 gelang nach mehrmonatigen, von nigrischen Regierungsvertretern vermittelten Verhandlungen ein Friedensabkommen zwischen Vertretern der ethnischen Gruppen der Fulani und Zarma (oder Djerma) in der konfliktbelasteten Region Tillabéri am Dreiländereck mit Mali und Burkina Faso. Bazoum strebte zudem – auch mit ausländischer Unterstützung – eine Verdopplung der Streitkräfte bis 2025 an. Allein die USA haben von 2012 bis 2021 über [500 Millionen](#) US-Dollar in Ausrüstungshilfe und Trainingsprogramme für die nigrische Armee investiert. Die EU, die seit Mitte letzten Jahres schon [65 Millionen Euro](#) aus der *European Peace Facility* bereitgestellt hatte, hat noch im Juni 2023 einer Waffenlieferung in Höhe von 4,7 Millionen Euro zugestimmt.

Es gab trotz mancher Erfolge in Niger aber auch weiterhin erhebliche Sicherheitsprobleme, Demokratiedefizite, Einschränkungen der Meinungsfreiheit, Korruptionsskandale und Fälle von ungeahndeten Übergriffen durch die Sicherheitskräfte. Die fortgesetzte Militärpräsenz von Frankreich in Niger (auch nach dem offiziellen Ende der Operation Barkhane im November 2022) hat im Sommer und Herbst 2022 zu teils gewalttätigen Straßenprotesten geführt, organisiert von dem aus rund 15 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften bestehenden Bündnis *Mouvement 62* (M62, benannt nach der Anzahl von Jahren seit der Unabhängigkeit Nigers von Frankreich 1960).

Nach Auffassung vieler Menschen in Niger – und auch den anderen Sahel-Staaten – hat die rund zehnjährige französische Militärpräsenz in der Region ihre persönlichen Lebensumstände nicht verbessert. Sie unterstellen Frankreich eine neo-kolonialistische Politik mit dem Ziel, in Verbindung mit einheimischen Eliten die Kontrolle über das Land zu behalten und so die eigene geostrategische Position zu bewahren und die nigrischen Bodenschätze zu plündern. Einige gehen sogar so weit, Frankreich als Verbündeten und Waffenlieferanten – wenn nicht sogar Gründervater – diverser Terrorgruppen zu beschreiben.

Der Putsch, der viele Beobachter überrascht hat, baut sehr stark auf diese antifranzösische Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung, da die Putschisten Bazoum als Marionette Frankreichs bezeichneten und seinen Sturz so zu einem Akt der nationalen Befreiung machten, sozusagen einer zweiten Unabhängigkeitserklärung. In Wahrheit resultierte der Putsch wohl eher aus der misslungenen Transition vom Regime seines Vorgängers, Mahamadou Issoufou, zu Mohamed Bazoum. Dieser war zwar der aus-erwählte Kronprinz Issoufous und übernahm einen Großteil von dessen Kabinett und Militärführung. Nach zwei Jahren begann er aber, diese zunehmend durch eigene Vertraute zu ersetzen. Hinzu kommt, dass Bazoum als Angehöriger der kleinen ethnischen Minderheit der Diffa-Araber als Außenseiter in der nigrischen Elite über kaum eine eigene Hausmacht verfügt.

Im März ließ Bazoum bereits den Stabschef der Armee und den Chef der Gendarmerie ablösen und schickte vor kurzem sechs weitere einflussreiche Generäle in den Ruhestand. Möglicherweise hat dann die kurz bevorstehende Ablösung General Tianis an der Spitze der Präsidentengarde den unmittelbaren Anlass für den Putsch geliefert. Dazu gibt es allerdings keine überprüfbaren Angaben. Der Staatsstreich wurde zwar von der Präsidentengarde allein geplant und durchgeführt, er wurde aber nach kurzem Zögern letztlich von allen nigrischen Sicherheitskräften getragen.

Auch große Teile der Bevölkerung – jedenfalls in der Hauptstadt Niamey – waren wohlwollend neutral bis offen erfreut über den Putsch. Die harte Haltung der Junta gegen Frankreich – Entzug der Immunität des Botschafters, Forderung nach sofortigem Abzug aller französischen Truppen – wurde wiederholt

durch Demonstrationen aus der Bevölkerung unterstützt. Der abgesetzte Präsident Bazoum, der die internationale Gemeinschaft aufgerufen hatte, die verfassungsmäßige Ordnung wieder herzustellen, soll demnächst wegen Hochverrat vor Gericht gestellt werden.

| Ausländische Reaktionen und Militärpräsenz in Niger

Die Reaktionen in der Region fielen sehr unterschiedlich aus. Die Regionalorganisation ECOWAS hat den Putsch scharf verurteilt, sofortige Sanktionen verhängt, mit einem militärischen Eingreifen gedroht und dazu seine [Standby Force aktiviert](#). Diese harte Haltung ist allerdings auch innerhalb der Organisation umstritten. Ein gesetztes Ultimatum (am 06. August) hat ECOWAS verstreichen lassen und stattdessen angekündigt, dass eine politische Lösung im Vordergrund stehen müsse. Sowohl die Afrikanische Union als auch das einflussreiche Nachbarland Algerien hat vor jedweden militärischen Eingreifen eindringlich gewarnt. Die ebenfalls durch einen Putsch an die Macht gekommenen Militärjuntas in den Nachbarstaaten haben ihre Kameraden in Niger schon bald mit offenen Armen willkommen geheißen. Mitte September haben Niger, Mali und Burkina Faso dann ein förmliches militärisches Beistandsabkommen (die „[Charta von Liptako-Gourma](#)“) unterzeichnet.

International ist der Putsch breit verurteilt worden, selbst von Russland. Die EU und die USA haben die Zusammenarbeit mit der nigrischen Regierung eingestellt, wobei sich die USA – wohl wegen der strategischen Bedeutung von Niger – mit harten Maßnahmen noch zurückhalten. Die EU hat sich Sanktionen von ECOWAS angeschlossen, die Haltung ihrer Mitgliedsstaaten zu einer möglichen militärischen Intervention ist jedoch nicht einheitlich. Frankreich hat die Option befürwortet, Deutschland hat sich zurückhaltender geäußert und setzt eher auf eine Verhandlungslösung.

Die [USA](#) haben etwa 1.100 Soldaten im Land und unterstützen die nigrische Armee durch Ausbildung, aber auch mit Aufklärungsdaten. Seit 2018 betreiben sie in Agadez im Norden des Landes eine Drohnenbasis, von der aus Aufklärungsflüge in der gesamten Sahelregion und Nordafrika starten. Im September wurde begonnen, einen Teil der in Niamey stationierten Truppen nach Agadez zu verlegen. [Frankreich](#) hat etwa 1.500 Soldaten aus der Antiterror-Operation Barkhane in Niger stationiert. Die neue nigrische Militärregierung hat Anfang August alle Verträge zur Zusammenarbeit gekündigt und den vollständigen Abzug der französischen Truppen gefordert. Ein Teilabzug wurde Anfang September von Paris inzwischen angekündigt. Zudem ist die EU mit der erst im März 2023 gestarteten EUMPM in Niger vertreten, an der auch die [Bundeswehr](#) beteiligt ist (nach Beschlüssen des Rats der EU [2022/2044/GASP](#), 12.12.2022 und [2023/389/GASP](#), 20.02.2023).

| Das deutsche Engagement in Niger

Deutschland beteiligt sich auch mit drei zivilen Expert:innen und zwei Polizist:innen an der *EU Capacity Building Mission Niger* ([EUCAP Sahel Niger](#)). Diese zivile EU-Mission trägt mit rund 120 Mitarbeiter:innen zum Kapazitätsaufbau der nigrischen Sicherheitskräfte (Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie) durch strategische Beratung und Ausbildung bei.

Die Bundeswehr beteiligt sich aktuell auch mit drei Personen an dem zehnköpfigen Führungselement der EUMPM Niger, das seit Mitte März 2023 den Missionsaufbau vor Ort vorantreibt. Der vom Parlament beschlossene [Antrag](#) der Bundesregierung sieht eine Beteiligung an EUMPM mit bis zu 60 Soldat:innen der Bundeswehr von Ende April 2023 bis 31. Mai 2024 vor. Diese sollen sich an Führung und Planung von EUMPM beteiligen mit dem Ziel, die operativen Fähigkeiten der nigrischen Streitkräfte zu verbessern bzw. herzustellen. Eine Beteiligung an Kampfeinsätzen ist ausdrücklich nicht vorgesehen. Allerdings wurde das Personal von EUMPM nach dem Putsch weitgehend – und das deutsche Kontingent komplett – abgezogen. Am Flughafen von Niamey betreibt die Bundeswehr zudem ein [logistisches Drehkreuz](#) das für den Abzug von MINUSMA und insbesondere die Rückverlegung des Bundeswehrkontingents aus Gao im Norden von Mali wichtig ist.

Im Rahmen des vernetzten Ansatzes ist Deutschland in vielen Entwicklungsbereichen sowohl bilateral als auch in multilateralen Formaten, u.a. Sahel-Allianz, aktiv. 2021 wurden bilaterale Mittel in Höhe von rund [120 Millionen Euro](#) für zwei Jahre zugesagt. Die Tatsache, dass die deutsche Entwicklungsministerin Svenja Schulze aktuell den Vorsitz der Sahel-Allianz innehat, deutet auf Deutschlands Interesse hin, dieses Engagement fortzusetzen.

| Ausblick

Am Beginn jeder Diskussion über die zukünftige Entwicklung von Niger steht eine mögliche militärische Intervention durch ECOWAS. Diese Gefahr erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt gebannt. Zu groß wären im Falle des Scheiterns ihre Kosten – für die Bevölkerung von Niger, die Interventionstruppen, die Infrastruktur des Landes und die Finanzen und insbesondere die Reputation von ECOWAS. Im Erfolgsfall wäre die Kosten wahrscheinlich kaum geringer und ein mit Hilfe von ausländischen Besatzungstruppen ins zurück Amt gehievt Präsident Bazoum kein Garant auch nur für eine kurzfristige Stabilisierung von Niger. Weder die UN noch die AU – und auch nicht alle Mitgliedsstaaten von ECOWAS – unterstützen eine Intervention, in einigen, namentlich Nigeria, gibt es innenpolitischen Streit über den besten Kurs. Rein politischer und wirtschaftlicher Druck wird eine Vertreibung der Junta auch nicht erreichen. Im Gegenteil: Sollten harte Sanktionen die humanitäre Lage in Niger weiter verschärfen, ist eher ein noch verstärkter nationalistischer Schulterschluss zwischen Bevölkerung und Junta zu erwarten, wie in den Nachbarstaaten bereits geschehen.

ECOWAS wird akzeptieren müssen, dass sich die aktuelle Plage von Putschen im frankophonen West- und Zentralafrika nicht mit militärischen Mitteln wird aufhalten lassen, allen Absichtserklärungen zum Trotz (wie die [Rede](#) von Nigerias Präsident und aktuellem ECOWAS-Vorsitzenden Bola Tinubu wenige Tage vor dem Putsch). Man wird sich am Ende, wie bereits in Mali und Burkina Faso, auf einen Zeitplan für eine Transition verständigen müssen, dessen Zeithorizont eher in Jahren als in Monaten ausgelegt ist. Außerdem sollten die Sanktionen mindestens für Nahrungsmittel, Energie und medizinische Güter zeitnah beendet und der humanitäre Zugang zum gesamten Staatsgebiet von Niger abgesichert werden.

Die EU sollte in dieser Phase der Entwicklung ihre Sahelpolitik einer grundsätzlichen Überprüfung unterziehen. Dazu ist es notwendig, die ökonomischen und politischen Ursachen für die Serie an Putschen genauer in den Blick zu nehmen. Solange der, insbesondere an Frankreich gerichtete, Vorwurf, die Europäer verfolgten nur ihre Eigeninteressen, wie Eindämmung von Migration, Verhinderung eines Übergreifens des Terrorismus auf Europa oder die Sicherung von Rohstoffen, nicht ausgeräumt werden kann, wird es schwer sein, einen positiven Einfluss auf die zukünftige Entwicklung der Region auszuüben. Deutschland sollte deshalb mit seiner Reputation als ehrlicher Makler, dem weniger Eigeninteressen unterstellt werden, die EU-Politik im Sahel stärker prägen. Um der akuten Instabilität im Krisenbogen von Guinea bis Sudan entgegenzuwirken, sollte die EU – trotz wachsender geopolitischer Auseinandersetzungen – eine engere Zusammenarbeit mit gesprächsbereiten afrikanischen, aber auch internationalen Partnern bis hin zu China suchen, die wesentlichen Einfluss in dieser Region haben.